Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 5

Artikel: Der Verfall der ursprünglichen Schweizerdemokratie
Autor: Benninger, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332769

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nachdem es sich aber gezeigt hat, daß auch die Vorlage des Bundesrates vom Dezember 1936 die 96 000 Arbeitslosen nur zum kleinsten Teil zur Arbeit zurückbringen wird, mußte von der Sozialdemokratischen Partei die Initiative auf Arbeitsbeschaffung lanciert werden. Ende Dezember 1936 waren nämlich nur 12 000 Mann oder der achte Teil aller Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Durch die Initiative soll vor allem erreicht werden, daß der Bund und die Kantone in vermehrtem Maße großzügige Arbeitsbeschaffungsprojekte bereitstellen, um dadurch die Gemeinden zu entlasten. Es wird auch so für diese immer noch genügend Arbeit übrigbleiben, um die normale Wirtschaftsgestaltung zu erreichen.

Der Verfall der ursprünglichen Schweizerdemokratie

Von Otto Benninger.

Die Markgenossenschaften und die aus ihrer sozialen Solidarität entstandenen Verwaltungsorgane mit ihrer politisch-staatlichen Zusammenfassung in der Landsgemeinde beruhten auf der Naturalwirtschaft. Damit war die Herausbildung sozialer Gegensätze erschwert, gleichzeitig jedoch auch der eigenen Ausdehnungs- und Entwicklungsmöglichkeit eine Schranke gezogen. Die früheren Möglichkeiten der Ausdehnung des Lebens- und Nahrungsspielraums der Markgenossenschaften bestanden in der gemeinsamen Neurodung von Land, solange solches noch genügend im Urzustand vorhanden war oder in der Anlegung von Tochtermarken, die die heranwachsende überschüssige Bevölkerung aufnahmen. Dieses Ausdehnungsverfahren war im dreizehnten Jahrhundert auch in der Innenschweiz, wo die Markgenossenschaft sich ein halbes Jahrtausend länger als in den andern Gebieten germanischer Besiedlung erhalten hatte, unmöglich geworden. Während ringsum in den Städten bereits die Geldwirtschaft florierte und der Handel eine wachsende Rolle spielte, drückte die Bauernkantone der wachsende Bevölkerungsüberschuß, während gleichzeitig die Kriegszüge und die infolge der Bündnispolitik sich häufende Berührung mit städtischem Leben neue Bedürfnisse erzeugten. Auch die Entwicklung der militärischen Technik selbst erzeugte neue Bedürfnisse, nachdem man zunächst mit den den adeligen Ritterheeren abgenommenen Waffen und Ausrüstungsgegenständen die eigene Rüstung ergänzt hatte.

Der Bevölkerungsüberschuß und die neu geschaffenen Bedürfnisse geben denn auch der Politik der Bauernkantone im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert ihre expansive Wucht und ihren kriegerischen Sinn. Wir sehen, wie Unterwalden versucht, über den Brünig ins Brienzer Gebiet vorzustoßen und von Bern zurückgewiesen wird. Wir sehen die Gotthardpolitik Uris, das gegen Italien zu vorstößt und dabei im entscheidenden Moment von den übrigen Kantonen im Stich ge-

lassen wird. Wir sehen, wie Schwyz sich durch die Eingliederung des anfänglichen Erbfeindes Einsiedeln sich ausbreitet und bei seinen Versuchen weiterer Ausdehnung, die ihm zugleich durch die Beherrschung wichtiger Handelsstraßen zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten schaffen soll, mit Zürich zusammenstößt. Auf der andern Seite ist die weitgreifende Machtpolitik einzelner Städte, vor allem Berns, mit dem an die Scholle gebundenen Leben des Bauern schwer zu vereinen, bestehen doch die Bauernkriege fast überwiegend in stoßweisen Ueberfällen und zeitlich eng beschränkten Feldzügen, die an bestimmte Jahreszeiten gebunden sind. So wächst, nachdem die Verteidigung und Sicherung der engeren Heimat und ihrer Lebensverhältnisse geglückt ist, der Widerstand der Bauernkantone gegen eine großzügige Ausdehnungspolitik, wie sie vor allem die Berner Aristokratie verfolgt. Der Gegensatz zwischen den Interessen der Bauernkantone und der Politik der Städte, immer wieder auch geschürt durch die Uebernahme der Rolle des alten Feudaladels durch die Städte, verhindert so die Entstehung einer gesamtschweizerischen Politik der Eidgenossenschaft, im gleichen Maße trägt die Konkurrenz der Städte untereinander, die Furcht vor dem überwiegenden Machteinfluß Berns insbesondere, zur Schwächung bei.

Die Burgunderkriege hatten die Eidgenossenschaft zur ersten militärischen Macht Europas erhoben. Aber kriegerische Kraft allein ohne eine entsprechende Hebung der wirtschaftlichen Kräfte eines Landes und ohne die daraus erwachsende staatliche Zentralisation ist keine genügende Basis für die Weiterentwicklung eines Gemeinwesens. So wurde die kriegerische Kraft, zunächst besonders für die Bauernkantone, aber bereits auch für einzelne Städte, zum Exportartikel; die durch eine stetig wachsende überschüssige Bevölkerung bei stagnierenden Produktionsverhältnissen im Ueberfluß vorhandene Menschenkraft erhielt im fremden Kriegsdienst eine Verwertung, und das durch den Söldnerdienst aufkommende Pensionswesen brachte das bitter notwendige Geld ins Land. Der Uebergang zur Geldwirtschaft wurde auch in den Bauernkantonen erheblich beschleunigt, und damit bildeten sich auch hier mit der Entwicklung des Privateigentums größere Besitzunterschiede heraus. Die Ansätze zu einer Bauernaristokratie entstanden, und mit der alten Gemeinwirtschaft, die sich in der Form des Privilegiums streng abgeschlossener Kreise auf Anteil an der Mark erhielt, ging auch der alte Gemeinschaftsgeist und die politische Freiheit verloren. Der Egoismus des einzelnen und der Egoismus bevorrechteter Gruppen der Bevölkerung setzten sich an die Stelle des alten Gemeinschaftsgeistes, an die Stelle einer föderativen Entwicklung eines eidgenössischen Staatswesens trat die partikularistische Reaktion des beherrschenden Kantönligeistes.

»Eine eidgenössische Kriegs- und Staatskasse gab es nicht; die Kriegskosten und die Mittel für die diplomatische Arbeit mußten von den einzelnen Orten selbst getragen oder auf sie von Fall zu Fall umgelegt werden, und hierbei waren *Markten und Opferscheu,* das Abschieben der Lasten auf andere, die übliche Erscheinung. Die ganze

finanzielle Hilflosigkeit einerseits, die *öffentliche und private Gier nach Geld anderseits* erhellt aus der großen Rolle, welche die Subsidien und Pensionen in den Verträgen und Bündnissen spielten, welche die Eidgenossen damals nach allen Richtungen hin schlossen.« Die Folge war eine für die Gesamteidgenossenschaft typische außenpolitische Schwäche. Die welsche Politik Berns fand keine Unterstützung bei den alten Verbündeten, wobei die Furcht vor einem territorialen und politischen Uebergewicht des Staates Bern eine große Rolle spielte.

Wir haben oben die Entwicklung geschildert, die dazu führte, daß sich die ursprüngliche demokratische und kriegerische Expansionskraft der Bauernkantone erschöpfte. Es kam noch ein anderer Faktor dazu, die wachsende Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, die Hemmung der Entwicklung des Handwerks auf dem Lande durch die Politik des städtischen Zunftbürgertums, die Verhinderung der Ausdehnung der Bauernbefreiung auf die von den Städten beherrschten Landgebiete. Die Kriegszüge hatten die innere Zentralisation der Städtekantone beschleunigt, die Schaffung einer einheitlichen Staatsgewalt gefördert. Dies geschah nicht durch eine Entwicklung zur Demokratie, sondern durch die Festigung und Verewigung der alten feudalen Herrschaftsverhältnisse auf dem Lande. Die in der »guten alten Zeit« des Feudalismus noch vorhandenen verschiedenen Freiheitsrechte und Privilegien wurden nicht erweitert, sondern immer mehr eingeengt und abgeschafft. Gegenüber dem 14. Jahrhundert zeigt das 16. Jahrhundert eine radikale Wandlung. Schon gegen Ende des 15. Jahrhunderts sind die Bezeichnungen von »Untertanen« und »untertänig« in den städtischen Gebieten im Gegensatz zum gleichberechtigten Bürger oder Burger stark verbreitet. Im 16. Jahrhundert werden sie allgemein. Die Haltung der Städte zur untertänigen oder abhängigen Landschaft wurde eine Art fürstliche. Allerdings wurden die Hörigkeitslasten, die häufig in der Verpflichtung zu einer bestimmten Arbeitsleistung für den Feudalherren bestanden, größtenteils in Reallasten umgewandelt, aber genau so wie der deutsche Bauer des ausgehenden Mittelalters im Zeichen des Aufkommens der Geldwirtschaft besonders stark zu leiden hatte, wurde auch die Einziehung der Reallasten in Verbindung mit den drückenden Verpflichtungen der Kriegsgefolgschaft in der Schweiz zu einer besonderen Härte für die »Untertanen«. Der Gegensatz zu der herrschenden Oberschicht wurde immer schärfer.

Die »welsche Politik« Berns, die die Eidgenossenschaft dazu führte, im »Spiel und Widerspiel mit den beiden absolutistisch eingestellten Staaten Frankreich und Burgund europäische Politik zu treiben«, trug wesentlich dazu bei, die Herausbildung absolutistischer Regierungs- und Herrschaftsformen zu beschleunigen, und nicht zuletzt daraus erwuchs die Verstärkung des Widerstandes der Bauernkantone gegen eine solche Politik. Der Absolutismus verschärfte die inneren Spannungen in den Städtekantonen wie in der gesamten Eidgenossenschaft, und das Uebergewicht der Städte war nicht stark genug, um eine gesamtstaatliche Zentralisation herbeizuführen. »Am 14. September 1515 erlag auf der lombardischen Ebene die politisch kraftlose

eidgenössische Großmacht dem innerlich gefestigten französischen Königtum. Ein überlegener monarchischer Wille zwang die Helden von Marignano zum Rückzug aus der Weltgeschichte.« Dieser überlegene monarchische Wille aber stützte sich auf eine fortgeschrittenere ökonomische Basis in den französischen Städten. Denn es ist nicht nur die stagnierende ökonomische Entwicklung der Bauernkantone, die ihre kriegerische Stoßkraft erlahmen ließ, sondern auch in den führenden Städten, vor allem Zürich und Bern, haben wir um die Wende des fünfzehnten zum sechzehnten Jahrhundert den Beginn einer ökonomischen Stagnationsperiode festzustellen, die für die weitere Entwicklung der Schweiz. Eidgenossenschaft von der weittragendsten Bedeutung wurde. Gerade diese wichtige und entscheidende Tatsache aber wird von der zünftigen Geschichtsforschung völlig übersehen und ignoriert, und so sehr sie auch einzelne Züge der geschichtlichen Entwicklung herausgearbeitet hat und die Bedeutung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Detail würdigt, geht sie doch an dieser entscheidenden Grundfrage heute noch vorbei. So kommt es, daß in wichtigen Dingen wir Marxisten objektiver und vorurteilsloser geschichtliche Zusammenhänge würdigen können, für die den bürgerlichen Geschichtsschreibern nur Ausdrücke des Bedauerns oder des Zorns für die Fehler unserer Vorfahren zur Verfügung stehen. Die Ursachen für den Rückzug der »Helden von Marignano« vom Schlachtfelde und der damaligen Eidgenossenschaft aus der Weltgeschichte in das provinziale und wenig erfreuliche Dasein der nächsten Jahrhunderte liegt eben tiefer als in dem schlechten Willen der Bauernkantone zur Unterstützung der weit über ihre Möglichkeiten ausgreifenden Machtpolitik der Berner Aristokratie. Uebrigens haben die Bauernkantone, vor allem Uri, einige Zeit hindurch in ihrer ennetbirgischen Politik auch weitausgreifende machtpolitische Ziele verfochten, denen man in Bern ablehnend gegenüberstand.

Die für das Verständnis der weiteren Entwicklung der Eidgenossenschaft wichtigste, ja entscheidende Frage lautet: Wie kommt es, daß die zu den Anfängen nationaler Selbständigkeit erwachten Kantone, die diese Selbständigkeit mit so großem Kraftaufwand errungen und verteidigt hatten, von der teilweise errungenen Freiheit der Bauern nicht zur allgemeinen Bauernbefreiung und in Verbindung damit zur bürgerlichen Freiheit, zur vollen Demokratie fortschritten, sondern in feudale und absolutistische Zustände zurückfielen? Weshalb fiel die Schweiz im Zeitalter der Renaissance, als sich überall die Zeichen eines neuen Geistes bemerkbar machten, ins finsterste Mittelalter zurück? Die Antwort liegt in der Tatsache des Zurückbleibens, ja der Rückentwicklung der ökonomischen Verhältnisse unter dem Einfluß der zahlreichen Kriege und vor allem unter dem Einfluß des Zerfalls, der Schrumpfung der großen nord-südlichen Handelslinie Italien-Deutschland im 15. und 16. Jahrhundert. Derselbe Prozeß, der die Stagnation der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Deutschland bedingte, die Erhaltung der Kleinstaaterei bedingte, der die Herausbildung einer modernen Nation und eines modernen Staates im

Zentrum Europas verhinderte, erhielt und vertiefte die partikularistischen Kräfte in der Schweiz, erzeugte den Rückfall in feudale, mittelalterliche Zustände, hemmte die Entwicklung des Handelskapitals und gab in Zürich dem bornierten Zunftbürgertum, in Bern jedoch einer halbfeudalen städtischen Aristokratenschicht die Macht in die Hand. In beiden Städten, jedoch auch in Schaffhausen, Basel, Freiburg, sehen wir im weitern Verlauf der Entwicklung die völlige Beseitigung der städtischen Demokratie, eine Oligarchenherrschaft weniger bevorzugter Familien, die sich bis zur Tyrannis steigerte. In Freiburg und Bern ist die Rückentwicklung besonders deutlich, selbst diejenigen Kräfte der städtischen Aristokratie, die im Handel und in den Anfängen der Industrie tätig waren, zogen sich wieder aus dem Erwerbsleben zurück und verfielen einem reinen Grundrentnerdasein, das in Bern durch die einzig standesgemäße Beschäftigung der Ausübung der politischen Macht, im fremden Kriegsdienst und der Besetzung fetter Posten als Landvögte ergänzt wurde.

Die vielgerühmte Oberschicht der Bürger von Bern war eine parasitäre Klasse, die das wirtschaftliche Leben der Stadt hemmte und mit rücksichtslosen Gewaltmethoden die feudalen Zustände auf dem Lande erhielt und — wie in der Waadt, die die Berner von Savoyen übernommen hatten — ausdehnte und befestigte. Diese Berner Burger waren es auch, die den letzten Ansatz zur Schaffung eines entwicklungsfähigen schweizerischen Staatswesens, der von Zürich ausging, zum Mißlingen brachten. Es war Zwingli, dessen politische Bedeutung seine Rolle als Reformator weit übersteigt, der den Plan hatte, ein lebensfähiges schweizerisches Staatswesen unter Führung der beiden Städte Zürich und Bern zu schaffen. Zwingli wandte sich auch mit besonderer Schärfe gegen das Reislaufen in fremde Kriegsdienste, das die besten Volkskräfte der eigenen Heimat entzog. Dieser Punkt seines Programms war es vor allem, der den Widerstand der Länderkantone mit Schwyz an der Spitze hervorrief. Denn die ursprünglich demokratischen Bauernkantone hatten sich inzwischen an die Einnahmen aus den fremden Kriegsdiensten und Pensionen gewohnt. Schwyz hatte seine Rechnung mit der katholischen Kirche durch die Einverleibung des Klosters Einsiedeln im wesentlichen beglichen und zog nur Vorteile aus der Entwicklung des Klosters zum großen Wallfahrtsort. Im Kampfe zwischen den Bauernkantonen und Zürich, den Zürich diesmal wirklich im Interesse der gesamten Eidgenossenschaft führte, ließen die kriegsstarken Berner Zürich einfach im Stich; dies und die ungenügende Rüstung Zürichs selbst führte dann zu der schmählichen Niederlage bei Kappel, die Zwingli das Leben kostete und den Gedanken einer einheitlichen Eidgenossenschaft für Jahrhunderte begrub.

Denn zu den politischen und ökonomischen Gegensätzen, zur Kirchtumspolitik und fehlenden Opferwilligkeit der einzelnen Kantone kam nun die konfessionelle Spaltung dazu. Die Reformation wurde in Bern nach dem Muster norddeutscher Fürsten in erster Linie als ein Mittel betrachtet und durchgeführt, durch das man die fiskalischen Einnahmen steigern konnte. Weit entfernt, eine Freiheit des Glaubens und

Denkens herbeizuführen, war die orthodoxe reformierte Geistlichkeit in den folgenden Jahrhunderten ein borniertes Instrument der geistigen Unterdrückung. Sie führte die Verfolgung Andersdenkender und die Inquisition auf ihre Art genau so bigott und unduldsam durch wie die katholische Kirche, in Zürich und Basel, in Bern und Genf stand die finsterste und traurigste Reaktion genau so auf den Kanzeln wie in den katholischen Landesteilen. Aus den theologischen Disputationen der Basler theologischen Fakultät spricht ein ödes Grauen. In Bern bemühte man sich, in Pietistenverfolgungen und ähnlichen Ereignissen die geistig lebendigsten Elemente der Bevölkerung aus dem Lande zu jagen. Ueberall herrschte Stagnation und Reaktion. Während das kleine Holland nach einem langdauernden nationalen Befreiungskampf gegen Spanien zur Weltmacht emporstieg, im siebzehnten Jahrhundert und auf der Basis der weitgespannten Geschäfte der führenden handelskapitalistischen Schicht eine Blüte der Kunst und Philosophie hervorbrachte, dämmerte die ökonomisch stagnierende, politisch unter der Fuchtel bornierter Stadtoligarchien erdrückte, national und konfessionell gespaltene Schweiz in einem wüsten Halbschlummer dahin.

Die Parteipresse

Von Hans Gertsch.

In einer bekannten Wochenschrift der Linken erzählte vor ein paar Wochen ein emigrierter deutscher Journalist, dem man alles, nur nicht Sachkenntnis bestreiten kann, von einem Besuch in einem schweizerischen Parteiblatt. Das Büro des Geschäftsführers, ausgestattet mit den modernsten Büromaschinen, technisch glänzend eingerichtet, »efficient«. Und dann das Büro des Redakteurs: ein junger Mann vor einem spiegelblanken Schreibtisch, der mit Hilfe der Nachrichten der Depeschenagentur und einigen, ganz wenigen Zeitungen mühevoll sein Blatt zusammenstellt. Und wenn er wissen will, wie es in der Welt wirklich aussieht, dann muß er eines der großen bürgerlichen Weltblätter kaufen . . .

Der Experte, der das schrieb, mag übertrieben haben. Aber er tat es gewiß nicht aus Freude an der Attacke. Und übertreiben kann man schließlich nur etwas, was wenigstens in geringerem Maße vorhanden ist. Einer der wundesten Punkte unserer Aktion, zugleich aber auch einer der entscheidendsten, ist unsere Parteipresse. Vieles an ihren Uebeln ist unvermeidlich, und es wäre sinnlos, gegen harte Tatsachen ankämpfen zu wollen, die einstweilen und wohl noch auf längere Zeit hinaus unabänderlich sind. Manches aber beruht auf Tradition, fehlender Einsicht und Unkenntnis. Auch das sind schwer überwindbare Gegner. Aber da es um Wichtiges geht, sei wenigstens der Versuch gemacht, Kritik zu bringen, nicht um irgend jemand oder irgend etwas herabzusetzen, noch weniger, um dem Parteigegner Stoff zu hämischen Angriffen zu liefern, sondern aus parteigenössischer Sorge, hoffend,